

ANZEIGE

FREITAG DER 13. IST EUROJACKPOT-TAG

Diesen Freitag rund **18 MIO €** EUROJACKPOT VON LOTTO

mac em. Infos: 08900 1372700

Gewinnwahrscheinlichkeit: 1 Gewinnklasse 1 - 95.344.200

Diskussion um Ganztagschulen

Bremen (mlu). Wie soll es weitergehen mit den Ganztagschulen in Bremen? Darüber haben am Donnerstag Vertreter von Politik und Verbänden diskutiert. Einigkeit herrschte weitgehend darüber, dass die Ganztagschulen weiterentwickelt werden sollen. Vertreter aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien plädierten für einen weiteren Ausbau. Dabei bevorzugten sie das gebundene Modell, bei dem das Angebot am Nachmittag für alle Schüler verpflichtend ist, zeigten sich für alternative Formen aber offen. Jürgen Jaracewski, Vorsitzender des Ganztagschulverbands, mahnte an, dass nicht nur im Bereich der Grundschulen, sondern auch bei den weiterführenden Schulen der Ausbau vorangetrieben werden müsse. Elternvertreterin Andrea Spude betonte, bevor man neue Standorte eröffne, sollten zunächst die bestehenden Ganztagschulen besser ausgestattet werden. **Bericht Seite 9**



Das Foul der Bayern

„Der hat beim Eishockey zwischendurch mal einen Puck an den Kopf bekommen, und das sind die Spätfolgen“: Mit diesen Worten wendet sich der FC Bayern gegen Kritik des Werder-Geschäftsführers und früheren Eishockey-Spielers Thomas Eichin. Der hatte behauptet, dass Schiedsrichter die Bayern bevorzugten. Am Sonntagabend treten die beiden Mannschaften im Weserstadion gegeneinander an. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 23**

FOTO: DDP

ANZEIGE

Möbel | Licht | Textil | Innenarchitektur

Sagenhaft bequem!

Sofa JALIS von COR

freiraum Einrichtungen

Böcklerallee 15 | 27721 Ritterhude | Gewerbepark
Tel. 042 92 - 81 44 0 | www.freiraumeinrichtungen.de

Hoffnung bei WeserWind

Bremerhaven (fmi). Die Belegschaft des insolventen Stahlbauers WeserWind kann in eine Transfergesellschaft wechseln. Auf einer Betriebsversammlung hat der vorläufige Insolvenzverwalter eine entsprechende Lösung vorgestellt. Demnach sollen die 370 Mitarbeiter für vier Monate 80 Prozent ihres bisherigen Gehalts erhalten. Zudem sollen sie für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Auch die Gewerkschaft IG Metall empfiehlt diesen Weg. Danach seien die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht ganz schlecht, heißt es. Mit den Windunternehmen Senvion, PowerBlades und Adwen seien Firmen bereit für Einstellungen. Sie hätten in den vergangenen Wochen große Aufträge unterzeichnet. Für die Immobilie WeserWind soll sich ein anderes Unternehmen interessieren. Sollten die Mitarbeiter dem Angebot nicht zustimmen, so droht ihnen ab dem 1. April die Arbeitslosigkeit. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 15**

WLAN für alle – aber nur mit Passwort

Bund plant neues Gesetz und stößt auf Kritik / Privatinitiative in Bremen hat längst eine eigene Lösung

VON KLAAS MUCKE

Berlin-Bremen. Handy raus, rein ins öffentliche WLAN und losgesurft. So einfach könnte es sein. Ist es in Deutschland aber nicht. Das muss besser werden, sind sich viele Experten einig. Das sieht auch die Bundesregierung so und hat es sich zur Aufgabe gemacht, Nutzern den öffentlichen Zugang ins Internet zu ermöglichen – und gleichzeitig rechtliche Unklarheiten zu beseitigen.

Am Donnerstag hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) eine entsprechende Gesetzesvorlage veröffentlicht. „Deutschland fährt bei der Verbreitung von WLAN-Hotspots im internationalen Vergleich derzeit noch mit angezogener Handbremse“, sagt Gabriel. Doch trotz aller Einigkeit darüber, dass der Ausbau öffentlich zugänglicher Hotspots angeschoben werden müsse: Darüber, wie das geschehen soll, ist man in Bremen anderer Meinung.

Für Diskussion sorgt vor allem die sogenannte „Störerhaftung“. Nutzt jemand ein offenes WLAN-Netz und lädt beispielsweise raubkopierte Musik auf seinen Rech-

ner, haftet für die Urheberrechtsverletzung nicht der Nutzer, sondern derjenige, der das Netz zugänglich gemacht hat. Ob diese Störerhaftung aber auch für Café- und Restaurant-Besitzer oder öffentliche Einrichtungen gilt, war bislang nicht eindeutig geregelt. Gabriel will dies nun ändern.

Für Bremen bedeutet das: Zwischen Fußgängerzone, Fallturm und Vegesack sollen Geschäftsinhaber dazu animiert werden, einen WLAN-Zugang anzubieten. Dazu sollen sie aber ihr Netzwerk mit einem Passwort schützen und sich beim Nutzer rückversichern, dass er keine Raubkopien oder Kinderpornografie herunterladen will. Das soll der Nutzer mit einem Klick bestätigen.

Doch in der Praxis sei das viel zu umständlich, sagen Kritiker. Nutzer müssten immer dann ein neues Passwort eingeben und ihre legale Nutzung bestätigen, sobald sie sich von einem Netz in ein anderes bewegen. „Ein Rückschritt“, sagt Rainer Hamann, Sprecher für Datenschutz und Informationsfreiheit der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Ein offenes Netz bedeutet für Hamann, dass Nutzer darauf unkompliziert zu-

greifen können. Das sei auch ein toller Service für Touristen. Am Bahnhof und am Flughafen können Reisende sich derzeit 30 Minuten lang kostenlos in Hotspots einwählen. Bei dem Kooperationsangebot mit der Telekom fallen allerdings nach Ablauf dieser Zeit Gebühren an. Ein offenes Netzwerk hieße in Hamanns Sinne auch: unbeschränkt und ohne Zusatzkosten.

Genau so ein freies Internet gibt es bereits in Bremen. Jeder kann über Smartphone oder Tablet-PC auf 182 Internetknotenpunkte zugreifen, die Privatleute zur Verfügung stellen. Je näher die Knotenpunkte aneinander liegen, desto flächendeckender wird das Netz. Initiiert wurde dieses Netz von den Freifunkern.

Nur: Für Privatleute und Vereine sind die Anforderungen, nicht haften zu müssen, laut Gabriels Gesetzesentwurf sogar noch höher. Stellen sie ihren Internetzugang wie die Freifunker kostenlos zur Verfügung, sollen sie auch die Namen der Nutzer kennen, denen sie den Zugang gewährt haben. Die Begründung: In Privaträumen sei es wahrscheinlicher als im öffentlichen Raum, dass Straftaten wie Kinderpor-

nografie und Urheberrechtsverletzungen begangen würden.

Eine solche Absicherung aber können die Freifunker nicht leisten. Zu unübersichtlich ist die Menge der Leute, die ihren Zugang nutzen. Die Gesetzesvorlage der Bundesregierung bringe die Idee des offenen WLANs deswegen nicht weiter, sagt Jelto Wodstril von den Freifunkern Bremen. Sie seien weiterhin dazu gezwungen, die Verbindung über Server im Ausland umzuleiten. So können sie die Störerhaftung umgehen. In den meisten europäischen Ländern gibt es kein solches Haftungsprinzip.

Auch Claas Rohmeyer kritisiert die ungleichen Voraussetzungen für Gewerbetreibende und Privatleute: „Das verstehe ich nicht“, sagt der Sprecher für Kultur und Medien der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Ziel müsse es sein, schrittweise jeder Person an jedem Ort in Bremen einen freien Zugang zum WLAN anzubieten. Er hoffe, am Entwurf werde nachgebessert, sagte Rohmeyer – zugunsten einer einheitlichen Regelung. Rainer Hamann geht noch einen Schritt weiter: Er fordert die Abschaffung der Störerhaftung.

Warnstreik legt Bremer Innenstadt lahm

Bremen (wtc-wk). Die Gewerkschaften haben die Warnstreiks im öffentlichen Dienst ausgeweitet, um ihrer Forderung nach einer besseren Bezahlung der Tarifbeschäftigten mehr Nachdruck zu verleihen. In Bremen beteiligten sich am Donnerstag rund 7000 Angestellte der Polizei, der Justiz, von Schulen und Behörden an Protestmärschen und einer Kundgebung auf dem Marktplatz. Ein Großteil der Streikenden kam aus Niedersachsen. In Bussen wurden sie zum Weserstadion gefahren, wo einer von zwei Demonstrationszügen startete. Nach Angaben der Polizei kam es zu erheblichen Behinderungen in der Innenstadt. Für zwei Stunden sei der Verkehr komplett lahmgelegt worden, erklärte ein Sprecher.

Der Warnstreik hatte aber nicht nur Folgen für Autofahrer. Auch bei der Bremer Straßenbahn AG kam es zu etlichen Störungen. Mehrere Linien mussten umgeleitet werden. Im Stadtamt fehlten so viele Mitarbeiter, dass Kunden abgewiesen werden mussten. In der Berufsschule am Steffensweg fiel der Unterricht komplett aus, wie Behördensprecherin Christina Selzer bestätigte. Auch in Niedersachsen konnten Schüler früher nach Hause gehen. Laut Rüdiger Heitefauf von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft waren diverse Städte betroffen.



Auch Polizisten streikten. FOTO: KOCH

Deutschlandweit haben bei der zweiten Warnstreikwelle im öffentlichen Dienst am Donnerstag nach Angaben der Gewerkschaften ver.di und GEW rund 37000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Schwerpunkt der Streikaktionen war Nordrhein-Westfalen, wo in Düsseldorf rund 20000 Landesbedienstete für mehr Geld demonstrierten. Weitere Warnstreiks gab es in Niedersachsen, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. In zahlreichen Universitätskliniken, in Justiz, Finanzverwaltung und Ministerien ruhte die Arbeit. Für die Krankenhäuser habe es

Notdienstvereinbarungen gegeben, um den Betrieb aufrechterhalten zu können, erklärte ein ver.di-Sprecher. Die Proteste sollen an diesem Freitag in Bayern und Baden-Württemberg fortgesetzt werden.

Die Kernforderung für die bundesweit rund 800000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder lautet 5,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber ein Plus von 175 Euro im Monat. Daneben geht es auch um betriebliche Altersvorsorge und die Befristung von Verträgen. Die Verhandlungen gehen am Montag in Potsdam in die dritte Runde. Das Tarifergebnis soll zeit- und inhaltsgleich auf die 1,2 Millionen Beamten sowie rund 700000 Pensionäre übertragen werden. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 11**

INHALT

Bildung & Wissen	28
Familienanzeigen	20
Fernsehen	6
Lesermeinung	20
Rätsel & Roman	5
Schiffahrt	18
Tipps & Termine	19
Veranstaltungsanzeigen	27

H 7166 • 28189 BREMEN



DER NORDEN Mehr Tote auf den Straßen

Hannover. Mit der Aufklärung über Gefahren will Niedersachsen die gestiegene Zahl von Verkehrstoten senken. Zu hohes Tempo auf Landstraßen und Unachtsamkeit führten zu Karambolagen, bei denen 2014 im Land 446 Menschen ums Leben kamen. Das waren acht Prozent mehr als 2013. Im April ist die nächste bundesweite Tempo-Kontrolle geplant, außerdem beginnt dann der Test mit der für Deutschland neuartigen Überwachung der Geschwindigkeit auf einem längeren Abschnitt der Bundesstraße 6 bei Hannover. Das kündigte Innenminister Boris Pistorius (SPD) am Donnerstag bei der Vorlage der Verkehrsunfallstatistik an. **Seite 14**

KULTUR Weserburg zeigt „Land in Sicht“

Bremen (epd). Idyllisch ländliche Gegenden, malerische Wolkenformationen und exotische Landschaften, dazwischen verstörende Motive etwa mit rauchenden Schloten und Flüchtlingscamps: Unter dem Titel „Land in Sicht“ zeigt die Weserburg ab diesem Freitag eine Sonderausstellung mit knapp 100 Landschaftsbildern. Die Schau reicht von klassisch-niederländischer Malerei des 17. Jahrhunderts über dokumentarische Fotografie bis hin zu aktuellen Positionen der Gegenwartskunst. **Seite 22**

FUSSBALL AKTUELL Seite 24
VfL Wolfsburg – Inter Mailand 3:1

WISSEN Die ganze Welt als ein System

Bremen. Um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, stellen Menschen Produkte her, verbrauchen Rohstoffe, verändern Ökosysteme und das Klima. Das wiederum hat irgendwann Folgen für die Menschen. Wer mögliche Probleme und Lösungswege rechtzeitig erkennen und verstehen will, wie auf der Erde eins mit dem anderen zusammenhängt, ist deshalb gut beraten, Gesellschaft und Wirtschaft nicht als isolierte Systeme, sondern als Teile eines größeren Ganzen zu betrachten. Physiker bemühen sich darum. Bei einer Tagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft diskutierten Forscher, wie sich komplexe Systeme am besten verstehen lassen. **Seite 28**

WETTER

Tagsüber 7° Nachts 1° Niederschlag 40%

Etwas Sonne und viele Wolken
Ein kräftiges Tief nordwestlich des Schwarzen Meeres bestimmt noch im Osten und Norden Mitteleuropas das Wetter.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter: www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell